

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE

**zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses (Drs. 13/1872 und 1873)
Nachtrag zum Staatshaushaltsplan 2003 (Drs. 13/1791)**

Epl. 10 Ministerium für Umwelt und Verkehr

hier: Kürzungen im Verkehrsetat gerecht auf Straßenbau und ÖPNV verteilen

Der Landtag wolle beschließen,

1. die Einsparleistung im Verkehrsetat bei den Fördermitteln nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) in Höhe von 45,27 Mio. Euro wird nicht, wie von der Landesregierung vorgeschlagen, ausschließlich im Bereich der Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) erbracht, sondern jeweils hälftig beim ÖPNV und der Förderung des Straßenbaus.

2. dazu wolle der Landtag beschließen,

Kap. 1003 Verkehr

Tit. Gr. 85 Förderung von Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs

	Tsd. Euro
statt	47 000.0
zu setzen	69 635.0

Kap. 1004 Straßenbau

Tit. 883 21 Finanzhilfen für Gemeinden und Gemeindeverbände zum Bau oder Ausbau von Straßen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden

	Tsd. Euro
statt	132 864.5
zu setzen	110 229.5

Stuttgart, den 25. 3. 03

Heike Dederer, Boris Palmer, Kretschmann und Fraktion

Begründung:

Die Einsparleistung des Nachtragshaushalts 2003 im Verkehrshaushalt in Höhe von 45,27 Mio Euro ausschließlich im Bereich der Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zu erbringen, ist aus verkehrs- und umweltpolitischen Gründen abzulehnen.

Der Antrag sieht vor, die Einsparleistung zu gleichen Teilen im Bereich des Straßenbaus und des ÖPNV zu erbringen (jeweils 22,635 Mio. Euro).